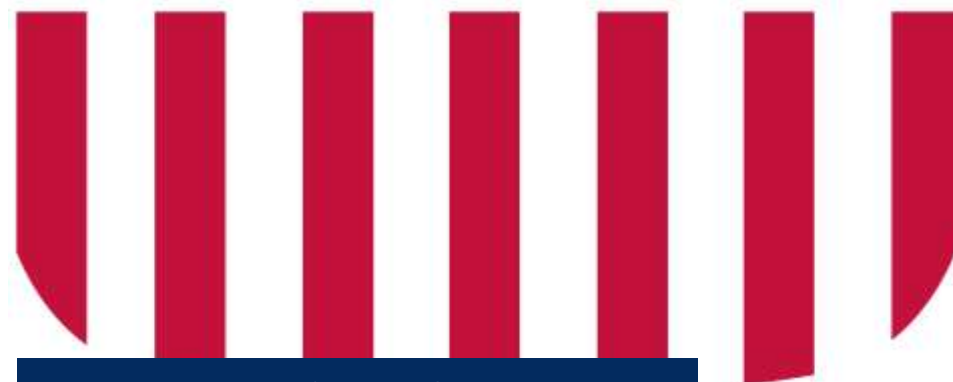




FOR ARABIAN RECOVERY

SUPPLIED BY THE UNITED STATES OF AMERICA



Ein »Marshall-Plan« für Nordafrika?
Die FAZ zieht den historischen Vergleich bereits heran.

Investition in die Revolution

Die USA bieten Ägypten und Tunesien monetäre Hilfe für die Demokratisierung an. Diese Geldspritze ist nicht die einzige wirtschaftliche Maßnahme, die den Umbruch in beiden Ländern begleiten soll, sie scheint für einen Übergang dringend notwendig. Die anhaltenden Unruhen und Konflikte in der arabischen Welt haben zudem verschiedenste finanzielle Folgen – mit geopolitischen Konsequenzen.

Wirtschaftliche Stabilität bringt politische Stabilität. Das hat US-Präsident Barack Obama verstanden – und will Ägypten und Tunesien mit Schuldenerlassen und Milliardenhilfe wieder auf die Beine helfen. Auch Robert B. Zoellick, amerikanischer Präsident der Weltbank, sicherte Tunesien und Ägypten 6 Milliarden US-Dollar Unterstützung zu. Und das Gipfeltreffen der G8 in Deauville brachte am 27. Mai zudem Versprechen über bis zu 34 Milliarden zusätzlichen Dollar zusammen, die der Demokratisierung in den beiden nordafrikanischen Staaten zugute kommen sollen.

Solche Hilfe können die beiden Staaten, die den »Arabischen Frühling« anführen, gut gebrauchen: Das Institute for International Finance, ein Think Tank für die größten Privat- und Investitionsbanken der Welt,

Illustration: msei/mmo

INVESTION IN DIE REVOLUTION

geht davon aus, dass deren Volkswirtschaften in diesem Jahr schrumpfen werden. Ägypten wird voraussichtlich ein Negativwachstum von 2,5 Prozent erfahren, Tunesien ist mit minus 1,5 Prozent geringer betroffen. Angesichts der sozialen Forderungen, die mit den Revolten in beiden Ländern verknüpft waren, steht damit der erhoffte Wandel der beiden Staaten zu stabilen Demokratien unter Druck. Für 2012 geht das Institut von wieder wachsenden Raten aus.

Noch härter betroffen wird nach der Schätzung der internationalen Finanzexperten der von blutigen Auseinandersetzungen erschütterte Jemen sein: Dessen Wirtschaft stürzt 2011 um 4 Prozent ein. Umso dringender benötigt das Land die von der Obama-Administration beim Kongress angeforderten US-Militär- und Entwicklungshilfen in Höhe von 106 Millionen Dollar für dieses und 112 Millionen Dollar für das nächste Jahr.

In Washington, DC beginnt man indes geopolitisch umzudenken. Aus Kreisen des Pentagon und des State Department ist zu hören, dass eine strategische Re-Evaluierung der amerikanischen Rüstungsgeschäfte mit dem Nahen Osten bevorsteht. Vor dem außenpolitischen Ausschuss des Repräsentantenhauses gab ein Vertreter des US-Verteidigungsministers bekannt, dass man einige Verkäufe zurzeit bereits »pausiere«. Ob die US-Militärhilfe für Ägypten von jährlich 1,3 Milliarden Dollar auf dem Prüfstand steht, ist bislang unklar. Indessen haben die US-Streitkräfte seit Mitte März bereits mehr als 750 Millionen Dollar für ihre Beteiligung am internationalen Militäreinsatz gegen Libyens Machthaber Gaddafi ausgegeben – teurer als erwartet. **msei/mmo**

Quellen und Links:

[Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 27. Mai 2011](#)

[Pressemeldung der Weltbankgruppe vom 24. Mai 2011](#)

[Kommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 19. Mai 2011](#)

[Anhörung des Außenpolitischen Ausschusses des US-Repräsentantenhauses vom 12. Mai 2011](#)

[Meldung der DefenseNews vom 12. Mai 2011 über Kosten des US-Libyen-Einsatzes](#)

[Meldung der DefenseNews vom 12. Mai 2011 über US-Rüstungsexporte in den Nahen Osten](#)

[Prognosen des Institute for International Finance vom 2. Mai 2011](#)

Impressum:

ADLAS aktuell

ist der Infoletter des **ADLAS** Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

dem überparteilichen, akademischen Journal des **Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH)**. **ADLAS aktuell** erscheint unregelmäßig als Ergänzung zum Magazin.

Redaktion, Layout, Copyright

ADLAS – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik
Zitate nur mit Quellenangabe.



Herausgeber

Michael Seibold; Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen; Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn